

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschland: Nachrichten Dresden
Bayerische Sammlung: 15841
Km für Nachdrucke: Nr. 50011
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Dresden - K. L. Stavenhagen 10442

Verlagsgebühr vom 16. bis 20. Juni 1930 bei jedem zweitwöchlichen Auflage bei DM 1.70 resp.
Verlagsgebühr für Monat Juni 3.40 resp. 24 Pg. Verlagsgebühr (ohne Verkaufsstelle).
Sammelnummer 10 Pg., außerhalb Dresdens 15 Pg. Abrechnungszeit: Die Kündigungen werden nach
Sendung berechnet; die einzelpreise 20 mm breite Seite 20 Pg., für aufwärts 40 Pg. Sammel-
angebote und Stellungsanzeige ohne Rabatt 25 Pg., für aufwärts 50 Pg. um breite Reklamemappe
200 Pg., außerhalb 250 Pg. Offertengebühr 20 Pg. Kostentragende Käufte gegen Werbungsbefreiung

Druck u. Verlag: Siegfried & Reichardt,
Dresden, Postleitz.-Nr. 1060 Dresden
Redaktion nur mit beschr. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) gültig. Umständige
Schriftpfeile werden nicht aufgenommen.

Rededuell Frick - Wirth im Reichstag

Der Kampf um den Thüringer Kurs

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Juni. Als die Dienstagssitzung gegen Mittag begann und man unter den Nationalsozialisten den thüringischen Innenminister Dr. Frick mit dem Notkrisi eifrig Rotzten sah, wußte man im Reichstag, daß heute die Stunde gekommen sei für ein großes Rededuell zwischen Dr. Frick und dem Reichskommissar Dr. Wirth. Diese Erwartung verhinderte eine besondere Aufmerksamkeit der staatsausgehenden Reden Dr. von Kardorffs, des Abg. Treueh und des Abg. Mumus. Auch der bayrische Prälat zeigte vermehrt das Interesse der Zuhörer nur deshalb zu jenseits, weil er auf eine ungewöhnlich wichtige Art sein Penitus absolvierter. Nach einer Rede des demokratischen Abg. Dr. Kühl kam dann das Erwartete.

Dr. Frick betritt die Rednertribüne.

Das Haus füllt sich, obwohl es gerade Essenszeit ist. Kommunisten und Sozialdemokraten beginnen zu töben, sofern sie Schimpfworte und Drohungen aus. Dr. Fricks Parteifreunde lassen sich auch nicht lumpen, und Vizepräsident Eßer, dem Höhe, wie immer für kritische Stunden, die Geschäftsführung überlassen hat, kommt aus den Ordnungsbrunnen und Glockenläuten nicht heraus. Diese Debatte, die nahezu 1½ Stunde dauerte, gestaltet es, in wenigen Sätzen einen Durchbruch zu ziehen durch ein Gebiet, das in der Tat und auf lange Sicht weit bedeutungsvoller ist, als manche erregte Debatte und manches sonstige innenpolitische Palaver. Der Fall Frick-Wirth ist nichts mehr und nichts weniger als ein explosiver Ausbruch der latenten deutschen Staats- und Volkskrise.

Die mangels revolutionärer Mitteln und Möglichkeiten auf dem Felde der Jurisprudenz ausgetragene wird. Es ist ein politischer Machtkampf. Eine bestimmt die Welt, Staat und Welt anzusehen, hat auf einem wenn auch beschränkten deutschen Gebietstyp Macht errungen und versucht von hier aus, sich mit den gegebenen politischen Mitteln geistig und machtpolitisch durchzusetzen. Sie kostet dabei auf den Widerstand nicht so sehr der Reichsgewalt, wie man es von außen annehmen mag, als auf die ablehnende Haltung einer anders gearteten politischen Konstellation, die extrem entgegengesetzt ist und sich im seitlichen preußischen Regime verkörpert. Es scheint, daß Dr. Wirth diesen von Seewering auf schwachen Argumenten aufgebauten Feldzug nicht erneut haben würde, wenn er nicht dabei auch an seine politische Zukunft gedacht hätte. Man hat mehr und mehr den Eindruck, als ob Dr. Wirth dem Kabinett Brüning keine sehr lange Lebensdauer mehr antraut und sich deshalb für kommende politische Konstellationen zusammen

mit der Sozialdemokratie gleichsam herauspaulen möchte. Dieser Verdacht schwächt seine Stellung, ganz abgesehen von der knifflischen Rechtslage, in der sich das Reich Thüringen gegenüber befindet. Es gibt fast kein umstrittenes Recht des deutschen Verfassungsrechts, der Verwaltungsausständigkeit, der finanziellen Zusammenhänge, der kulturpolitischen Auseinandersetzungen, das nicht im Mittelpunkt dieses Streitfalls liegt oder zum mindesten in ihm einbezogen wird. Jeder Staatsbürger, gleich wo er parteipolitisch steht, fühlt sich irgendwie innerlich mit dieser Angelegenheit befähigt, dabei insbesondere die Frau en Welt, die auf Fragen der Kirche und Schule besonders empfindlich zu reagieren pflegt. Daraus ist auch die große Leidenschaft zu erklären, mit der auf beiden Seiten gekämpft wird.

Hier ist wirklich eine grundsätzliche Frage angeschnitten, die nicht zur Ruhe kommen wird, ehe die geistige und später auch die politische Entscheidung zwischen Nationalismus, befreitem Christentum, betonter Absage an das obwaltende System einerseits und parlamentarischer Demokratie mit erzielbaren liberalen Einschlägen in kulturellen und weltanschaulichen Dingen andererseits ausgetragen ist. In diesem Kampfe stellt Dr. Frick seinen Mann, und hieraus erklärt sich auch die Anstrengungskraft, die er auf bürgerliche Parteien ausübt, die durchaus nicht in allen Dingen einer Meinung mit ihm sind. Hieraus erklärt sich auch, daß Dr. Frick seine Koalition in Thüringen bisher zusammenhalten konnte.

Dr. Wirth, unsicher und gehemmt

In seinem Kampfe, weil geistig und kulturpolitisch als gläubiger Christ zu Dr. Frick Grundsatzabnahmen hingezogen, politisch aber schon aus Selbstbehauptungswillen gegen ihn ankämpft, hat es nicht so leicht. Deshalb schafft auch Dr. Frick, der mit der Leidenschaft der Überzeugung und ungeahnter holdender Störungsvorliebe der Linken seine Ansichten vortrug, besser ab als der Reichskommissar, der weniger grundsätzlich als taktisch zu operieren gewungen war und schon aus diesen Gründen nicht zu überzeugen vermochte. Es verdient noch darauf hingewiesen zu werden,

dass Dr. Frick die Deutschnationalen auf seiner Seite hat und dass bis weit ins Zentrum hinein gewisse Sympathien für den von ihm geführten Kampf gegen den Kulturbolschewismus nicht übersehen werden können. Als dieser Redekampf beendet war, fiel der Reichstag in Lethargie zurück. Die beiden roten Abgeordneten, die noch auf der Riednerliste standen, sprachen vor leerem Hause.

(Reichstagberichte auf Seite 2)

Der Sinn der Wahl

Der sächsische Wahlkampf ist nun auf der ganzen Front entbrannt und hat in diesen Tagen seinen Höhepunkt erreicht. Verwirrend ist die Fülle der Parolen, die von links und rechts, aus den Gedankengängen staatsbürglicher Politik, marxistischen Massenwahns und nationalsozialistischen Machstreben auf den hart umworbenen Wähler niederprasseln. Wer das alles aufnehmen und gelöst verbinden wollte, dem ginge bald das bekannte Mühlrad im Kopf herum. Zumal es eine ausgemachte Tatsache ist, daß die sächsische Landespolitik an sich keinen triftigen Grund zu Neuwahlen und darum auch nach keiner Seite hin eine wirkliche einleuchtende Wahlparole von Durchschlagskraft gegeben hat. Was also ist der Sinn dieser Abstimmung? fragt sich der denkende Wähler, der nicht als politisches Treibholz heute in dieser und morgen in jener Strömung mitgeschwimmt, sondern sich seiner Verantwortung als Mitträger der Staatsverantwortlichkeit bewußt ist, wenn er zur Wahlurne schreitet. Er muß überall den parteipolitischen Kleinfrak, der die Straßen lärmend füllt, hinwegsehen und die Sachsenwahl in die gesamtpolitische Lage Deutschlands hineinstellen, um zu erkennen, worum es geht.

Wenn die Frage so gestellt wird, fällt die Antwort nicht schwer. Denn man braucht keine Belehrung und Begründung mehr, um zu begreifen, daß wir uns in der größten Staats- und Wirtschaftskrise winden, die das Reich seit dem Zusammenbruch betroffen hat. Leider ist mit den Worten Krise und Not in besseren Zeiten viel zu viel gespielt worden, so daß die Vorstellung davon verblist und fast wirkungslos geworden ist. Aber jetzt ist die Volksnot wirklich da und die Bezeichnung des gegenwärtigen Zustandes als Staatskrise ist kein billiges Schlagwort mehr. Nur zweimal haben wir solchliches durchgemacht, gleich nach Kriegsende und dann im Herbst des Jahres 1923; aber wenn wir näher zusehen, dann müssen wir erkennen, daß diese beiden Krisen nur Vorläufer und Etappen zu der jetzt hereingebrochenen Dauerkrise waren. Damals, beim Zusammenbruch, haben die unmittelbaren Folgen der Niederlage und die Schwierigkeiten der Umstellung einer hochgezüchteten Kriegswirtschaft auf den Friedensbedarf natürliche Störungen verursacht, die durch den gefundenen Lebenswillen des Volkes überwunden werden konnten. Dann war es in Verbindung mit feindlicher Bedrohung der katastrophale Währungsverfall, der die soziale Struktur des Volkes zerstörte und den Staat an den Rand des Abgrundes führte. Nur mit dem Muri der Vergewaltigung, unter ungünstigen, nie wieder gutzumachenden Ufern gelang es entschlossenen Männern, dem abwärtsrollenden Rad in die Spalten zu fallen. Aber die kurze Zeit der Befestigung vergang war nur eine Atempause vor neuem Niedergang. Seit 2½ Jahren ist die Krise schon wieder latent, und in den letzten Monaten überstürzt sie sich mit Riesenschritten, äußerste Maßnahmen erfordernd. Es ist zu viel, was über unser Vaterland hereinbricht. Von außen her eine allgemeine Krise der Weltmarktwirtschaft, von der auch wir unser Teil abforschen. Dazu die unvermeidliche Krise der Erfüllungspolitik, eben das, was wir im Kampf um die Haager Abmachungen als die drohende „Youngkrise“ vorausgesagt haben. Sie ist noch schneller gekommen, als man damals glauben konnte, und noch schwerer, als man befürchten muhte. Aber sie liegt im logischen Gang der Dinge, denn es ist verbrecherischer Widersinn, daß die Reichsregierung in diesen Tagen die erste Tributzahlung nach dem Youngplan mit 188 Millionen absühren müsste, während ihr die Mittel fehlen, um notleidende deutsche Volksgenosse, das ungeborene Arbeitsheer, über Wasser zu halten. Des Reichsministers Wirth Devise von einst: „Erst Brodt, dann Reparationen“, ist in ihr Gegenteil verkehrt worden. Dieser Umstand, der daraus folgende Zwang für die Regierung, die ausgepumpte Wirtschaft entgegen allen Versprechungen mit einem neuen Steueraufzug heimzufuchen, dazu der mangelnde Willen zur Anpassung an die Erfordernisse der Notzeit im Ausgabewesen — wo bleibt z. B. die seit Jahren verlangte methodische Reichs- und Verwaltungsreform? —, alles das zusammen hat die wirtschaftliche Krise noch mit einer staatlichen Vertrauenskrise verschwert, deren Wurzeln im Ver sagen des parlamentarischen Systems liegen. Das Kabinett Brüning hat ernsthafte Anläufe unternommen, um diese Wirkstärke zu überwinden, aber es ist bei weitem noch nicht über den Berg.

Zu diese hochgespannte und gefährlich zugespitzte allgemeine Lage kommt nun die Wahl zum Sächsischen Landtag. Er ist nicht berufen und nicht beschäftigt, die dringenden Aufgaben, die aus der großen Not erwachsen, anzupaden und zu meistern. Nur eine beschuldigte Hilfestellung ist ihm augenscheinlich, der Reichsregierung und dem Reichstag, die allein auständig sind für alle Maßnahmen zur Überwindung der Krise. Im Rahmen der Landespolitik beschränkt sich die Wirklichkeit darauf, daß Regierung und Landtag alles unterlassen, was die Katastrophen vergrößern könnte, und daß sie alles tun, was ihrer Bekämpfung förderlich ist. Das heißt, daß die Ordnung der Finanzen von Staat und Gemeinden das größte innerpolitische Problem der Stunde ist und daß das Wort „Sparen“ nicht

Objektive Rechtsverletzung Brauns

Die Ansicht eines namhaften Gelehrten

Berlin, 17. Juni. In der neuesten Nummer der „Deutschen Juristengesetz“ befähigt sich Prof. Dr. Giese, Frankfurt a. M., ein namhafter Rechtsgelehrter, mit dem Fälle des preußischen Ministerpräsidenten Braun, der es bestimmt für richtiggehalten hat, den Staatsgerichtshof von der Tribüne des Preußischen Landtages herab wie einen Schulzungen abzufeuern, weil er in Sachen des Volksbegehrungs durch die Beamten eine Entscheidung füllte, die dem preußischen Ministerpräsidenten nicht sympathisch war. Prof. Dr. Giese erklärte zunächst, daß die von Braun angekündigte weitere Disziplinarverfolgung von Beamten, die sich in die Linke für das Volksbegehrung eintragen hatten, trotz der gegenseitigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes eine Rechtsverletzung enthält, die einen Mißbrauch der Amtsgewalt darstelle. Die Rechtsverletzung gebe dem Preußischen Landtag gemäß der preußischen Verfassung die Berechtigung, die Minister anklage zu beschließen. Prof. Giese fügt dann fort: „Der preußische Ministerpräsident hat aber nicht bloß fachlich, sondern auch förmlich eine objektive Rechtsverletzung begangen. Er ist Beamter, und zwar oberster Beamter des Landes Preußen. Jeder Beamte ist, wie außerhalb des Amtes, vollends innerhalb des Amtes verpflichtet, sich der Achtung des Einzelnen und des Vertrauens, das sein Amt erfordert, würdig zu zeigen. Es ist mit diesem Verbot kaum vereinbar, daß ein Beamter Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichtshofes von so exponierter Stelle aus, wie der Tribüne des Preußischen Landtages, über Gebühr kritisirt, dadurch das ohnehin schon erschütterte Vertrauen in die deutsche Rechtspflege noch mehr schwächt, und damit also die Autorität der deutschen Staatsgewalt gefährdet. Der Ministerpräsident unterliegt freilich keiner disziplinaren Verfolgbarkeit, wohl aber der staatsrechtlichen Verfolgbarkeit mittels Ministerialanklage.“

Berlin, 17. Juni. Im Preußischen Landtag hatte die Fraktion der Wirtschaftspartei einen Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten Braun wegen seiner förmlich am Staatsgerichtshof in öffentlicher Sitzung geäußerten Kritik eingereicht. Dieser Antrag ist vom Büro des Preußischen Landtages wegen nicht genügender Unterstützung zurückgewiesen worden, da die vorgeschriebenen Unterschriften der Fraktion der Wirtschaftspartei des Landtages nicht zur Verfügung gestanden

haben und die Wirtschaftspartei es verabsäumt hatte, andere Fraktionen um ihre Unterstützung anzuregen. Der Antrag soll jetzt nochmals, und zwar mit genügender Unterstützung eingereicht werden.

Fiasco der Preisentzugsaktion?

Drahimaldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Juni. Die Verhandlungen, die zwischen Produktion und Arbeitnehmerseite vor Pfingsten mit dem Ziel der Behebung der Wirtschaftskrise durch eine allgemeine und großzügig durchgeführte Lohn- und Preisentzugsaktion aufgenommen worden waren, dürften jetzt als gescheitert gelten. Schon die Unterbrechung, die kurz vor dem Pfingstfest eingetreten war und die das geplante Eingreifen des Reichspräsidenten verhinderte, ließ keine günstigen Aussichten zu. Die Arbeitgeberseite hatte verlangt, daß Lohn- und Preisentzugsungen jeweils Zug um Zug erfolgen sollten. Offenbar hat man jedoch auf beiden Seiten ein rechtes Vertrauen zu einander da gehabt, daß die Versprechungen auch wirklich eingehalten würden. Seit letztem Freitag waren somit schließlich die Versprechungen auf dem Toten Punkt angelangt. Pro forma werden nur noch hier und da unverbindliche Aussprachen geführt, doch darf die ganze Aktion wohl zunächst als verklagt, wenn nicht als erledigt angesehen werden.

Gollmauer um Amerika

Hoover unterzeichnet — Wettrennen von 80 Dampfschiffen

Neu York, 17. Juni. Präsident Hoover hat den von dem Senat und dem Repräsentantenhaus angenommenen Zolltarif unterzeichnet. Nach Unterzeichnung durch Präsident Hoover tritt der neue Zolltarif am Mittwoch in Kraft. 80 nach Neu York unterwegs befindliche Dampfer veranstalten ein Wettrennen, um den alten Gütern heranzubringen. Die „Olympic“ hat eine Ladung französischer Städtereien und Handelsware im Wert von einer Million Dollar an Bord, für die die Zollvergabe bei rechtzeitiger Eintreffer in Neu York 180.000 Dollar betragen würde. Mit dem neuen Zolltarif, auf dessen Inkrafttreten übrigens der Kursturm an der New Yorker Montaukpple zurückgelöscht wird, hat Amerika Zollmauern um sich errichtet, wie es bisher in dieser Höhe noch nie gehabt hat.